

STUTTGART  
STADT,  
REGION  
& LAND

Russland-Ukraine-Krieg

## Vermieter sollen Überbelegung erlauben

Stuttgarts OB Frank Nopper hofft, dass der Stadt viele leer stehende Wohnungen für die Unterbringung von Geflüchteten gemeldet werden – statistisch gesehen gibt es diese aber gar nicht. Mieterbund sowie Haus und Grund glauben, dass viele Ukrainer bei Bekannten unterkommen.

Von Jörg Nauke

Mit Blick auf die Flüchtlingskrise und starken Druck zur Unterbringung von aus Syrien und Afghanistan geflüchteten Menschen war Stuttgarts ehemaliger Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) 2015 gesetzlich gegen unnötig leer stehende Wohnungen vorgegangen. Er hat mit der ökosozialen Mehrheit im Gemeinderat das Zweckfremdungsverbot eingeführt, das solchen Leerstand unter bestimmten Bedingungen unter Strafe stellt, allerdings bis heute, auch wegen fehlender Kontrollen, kaum Wirkung entfaltet. Das hat die Konsequenz, dass viele Flüchtlinge noch heute in damals kurzfristig erstellten Unterkünften leben. Die seinerzeit in einem Info-Flyer geäußerte Bitte, Leerstand zu melden, war nur von mäßigem Erfolg gekrönt. Die Gegner im konservativen Lager des Gemeinderats und die Eigentümer-Lobby sprachen damals von „Leerstandsschnüffelei“.



Foto: Lichtgut/Max Kovalenko

„Wir spielen Bedarfsgruppen nicht gegeneinander aus.“

Sven Matis,  
Stadtsprecher

dem sucht die städtische Liegenschaftsverwaltung passende Objekte und prüft Angebote zur Unterbringung. Man verstehe das als „humanitäre Verpflichtung“ und Vorsorge „für den Fall, dass Hunderte Geflüchtete zu uns kommen“. Es gebe erste Erfolge: Dutzende Menschen hätten „im Gefolge des OB-Aufrufs Objekte zur Unterbringung angeboten“. Dazu hat auch die Landesbaugenossenschaft Württemberg, Mitglied im kommunalen Bündnis für Wohnen, beigetragen. Ihr Vorsitzender Josef Vogel sagt, es sei ihm „eine Herzensangelegenheit, hier schnell und unbürokratisch zu helfen. Im Rahmen der Fluktuation ist es uns sicherlich auch möglich, einige Wohnungen für Flüchtlinge zu Verfügung zu stellen.“ Aber auch Hotel- und Jugendherbergszimmer seien angeboten worden. Die Offerten würden geprüft.

## — Welche Erfahrungen hat die Stadt?

Die Wohnungsnot zwingt die Sozialverwaltung heute schon, für die Unterbringung von Flüchtlingen mangels Alternativen Zimmer, Appartements und Wohnungen zu extrem überhöhten Preisen anzumieten. Eine „ordnungsrechtliche Unterbringung“ in Beherbergungsbetrieben kostet teils bis zu 20 Euro pro Kopf und Tag. Vor einem Jahr berichtete unserer Zeitung über die Umwandlung eines



Wo soll es in Stuttgart noch Wohnungsleerstand geben?

Fotos: dpa/Marijan Murat/Pawel Supernak

ehemaligen Lebensmittelmarkts in Rohracker in zehn Appartements, wo eine achtköpfige Familie mit 46 Quadratmetern auskommen musste. Ursprünglich sollten dort Daimler-Mitarbeiter einziehen.

## — Wie reagieren die Verbände?

Auch der Deutsche Mieterbund in Baden-Württemberg und der Wohnungseigentümer-Landesverband Haus und Grund appellieren an Solidarität und Hilfsbereitschaft: In einer gemeinsamen Erklärung bitten die Vorsitzenden Rolf Gaßmann und Michael Hennrich, dass leer stehende Wohnungen, Einlieger- und Ferienwohnungen vorübergehend Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Verbände verweisen aber auch auf eine weitere Unterbringungsmöglichkeit: „In Baden-Württemberg leben viele Menschen mit ukrainischen Wurzeln. Viele Flüchtlinge werden zunächst bei Verwandten und Freunden Unterschlupf suchen“, so Gaßmann. Deshalb bittet er mit dem Kollegen Hennrich Vermieter, doch „Genehmigungen zum vorübergehenden Einzug in von Angehörigen und Freunden angemietete Wohnungen großzügig zu erteilen und gegebenenfalls eine Überbelegung von Wohnungen zu akzeptieren“. Das sei nötig, weil das Bürgerliche Gesetzbuch Mietern vorschreibt, die „Dritte“ aufnehmen wollen, vorher die Erlaubnis des Vermieters einzuholen. Das gilt zwar nicht für Familienangehörige, Au-Pairs oder Pflegepersonal – aber eben für notleidende Flüchtlinge.

## — Wie ist die aktuelle Lage in Stuttgart?

Es braucht keine Invasion der russischen Armee, damit die Zahl der Geflüchteten in Stuttgart steigt. Gleichzeitig ist die Zahl der Unterkünfte reduziert worden, weil die Baugenehmigungen oder Mietverträge abgelaufen waren. 800 Plätze sind Ende 2021 weggefallen, nun sind es noch rund 5500. Die Kapazitäten müssen nun dringend über den bisherigen Stand hinaus erweitert werden, denn eine kurz- oder mittelfristige Trendumkehr war laut Landesregierung vor zwei Monaten – und ist erst recht nicht gegenwärtig – zu erkennen. Wichtig ist der Stadtverwaltung, dass jetzt nicht einzelne Bedarfsgruppen gegeneinander ausgespielt werden, etwa durch die Frage, ob ukrainische Geflüchtete bei der Wohnungssuche gegenüber den fast 5000 Menschen in der städtischen Vormerkdatei priorisiert würden – oder die Frage, warum sie kostenlos den Öffentlichen Nahverkehr benutzen dürfen, nicht aber Menschen aus anderen Krisengebieten. „Das verbietet die sich abzeichnende Notlage“, betont Stadtsprecher Sven Matis. Die neue Taskforce muss sich neben der Unterbringungsproblematik weiteren Herausforderungen stellen. Es geht um die Gewährung von Sozialleistungen – und den Infektionsschutz. Nur 35 Prozent der Ukrainer sind gegen Corona geimpft, zu einem Drittel auch noch mit einem chinesischen, in der EU nicht zugelassenen Impfstoff. Damit beschäftigt sich nun die Gesundheitsministerkonferenz. Das Land habe erklärt, allen Ankommenden

rasch eine Impfung anzubieten, so Matis. Die Stadt sei darauf vorbereitet.

## — Wie viel Leerstand gibt es?

Rolf Gaßmann hofft aus humanitären Gründen, dass viele Eigentümer leer stehenden Wohnraum zur Verfügung stellen – und dies dann auch weiter tun werden, sollten die Ukrainer in ihre Heimat zurückkehren. Mit nennenswerten Zahlen rechnet er aber nicht, da das Statistische Amt seit Jahren keinen Leerstand feststellen konnte. Die Annahme beruht auf regelmäßig fortgeschriebenen Zahlen – die Grundlage lieferte die Volkszählung 2011. Sie kann überholt sein. Ex-OB Kuhn hatte seinerzeit gemutmaßt, die im Zensus ermittelte Zahl von 11 000 Wohnungen müsse wohl auf 1000 bis 3000 Einheiten gesenkt werden.

Üblicherweise tun sich Menschen mit Migrationshintergrund schwer, Eigentümer zu überzeugen, ihnen eine Wohnung zu vermieten – nicht nur in Stuttgart. Name oder Herkunft spielen eine Rolle, ob man zu einer Wohnungsbesichtigung eingeladen wird. Laut einer Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2020 machten rund 15 Prozent aller Befragten bei der Wohnungssuche Diskriminierungserfahrungen aus rassistischen Gründen: wegen der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe oder der Herkunft aus einem anderen Land. Jeder dritte Wohnungssuchende mit Migrationsgeschichte berichtete der Umfrage zufolge von rassistischer Diskriminierung.

## Jetzt kann auch das Rathaus Flagge zeigen

Seit Mittwoch weht über dem Marktplatz eine Ukraine-fahne – aber nicht nur die, betont das Rathaus.

Von Tom Hörner

Mit dem Verleihen ist das so eine Sache. Wer kennt das nicht? Ein Buch, das seit Jahren unbeachtet im Bücherregal stand und Staub angesetzt hat, drückt man guten Freunden in die Hand – mit dem Hinweis, sie mögen sich bei der Lektüre ruhig Zeit lassen. Aber dann braucht man den Schmöker, um was nachzuschauen.

So ähnlich ist es wohl auch der Stadt ergangen, die vergangene Woche ihre drei Ukraine-fahnen ans Land verliehen hat. Nun ist es nicht so, dass das Land nicht wusste, wo die Fahnen geblieben sind – zwei gingen ans Staats-, eine ans Innenministerium. Aber wer in diesen Zeiten mit einem blau-gelben Aushängeschild aus Stoff Flagge zeigen kann, der rückt es nicht wieder raus.

Also hat man sich im Rathaus mit der Fahnenfirma Dommer in Feuerbach in Verbindung gesetzt, die nicht nur Fahnen von der Stange, sondern eben auch solche nach Maß verkauft. Am Freitag ging die Bestellung raus, am Dienstag wurde geliefert, am Mittwoch wurde die Ukraine-Fahne in aller Herrgottsfrühe am Rathaus gehisst. Aber nicht nur die, wie Stadtsprecher Sven Matis betont. Wichtig sei es, „die Flagge einzubetten“. Natürlich gehe es darum, seine Solidarität mit den Menschen in der Ukraine zum Ausdruck zu bringen. Aber der völkerrechtswidrige Angriff ziele auch „auf das friedliche Miteinander, in dem wir seit vielen Jahrzehnten in Europa leben“. Aus diesem Grund wehen am Rathaus jetzt nicht nur die ukrainische Flagge, sondern auch eine Stuttgarter, eine Deutschland- und eine Europafahne.

In Sache Flagge zeigen muss sich der Gemeinderat, das heißt, dessen überwiegende Mehrheit, ohnehin nichts vorwerfen lassen. In einem gemeinsamen Antrag haben die Ratsfraktionen von Grünen, CDU, SPD, Linksbündnis, FDP, Freien Wählern und Puls bereits vergangene Woche den Einmarsch Russlands in die Ukraine als „klaren Verstoß gegen das Völkerrecht“ gewertet und diesen „aufs Schärfste“ verurteilt.



In guter Gesellschaft: Nicht nur die Ukraine-fahne weht am Rathaus. Foto: Lichtgut/Piechowski

## Bayaz lässt Netrebko vorerst nicht im Ehrenhof singen

Solange sich Opernstar Anna Netrebko nicht „glaubwürdig“ von Putin distanziert, hat sie keine Chance, im September auf dem Schlossplatz auftreten zu können.

Von Uwe Bogen

In München und Baden-Baden ist sie bereits eingeladen worden, für etliche andere Konzerte in Deutschland hat sie selbst abgesagt. Auch in Stuttgart schwinden nun die Chancen, dass die Sopranistin Anna Netrebko am 3. September im Ehrenhof des Neuen Schlosses ihr im vergangenen Jahr wegen Corona ausgefallenes Open-Air-Konzert vor 4000 Gästen nachholen kann. „Wer sich nicht vollständig von einem brutalen Kriegstreiber lossagt, hat bei uns in Stuttgart keinen Platz“, sagte Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) am Mittwoch auf Anfrage unserer Redaktion. Die Sängerin sei „nicht irgendetwas Künstlerin“, erklärte der Haus-



Die aus Russland stammende Anna Netrebko steht in der Kritik. Foto: dpa/Barbara Gindl

herr des Neuen Schlosses (und damit der Vermieter des Platzes), „sondern eng mit Putin verbunden“. Bayaz will daher „verhindern, dass sie im Ehrenhof auftritt“, unterstreicht er. Unklar sei aber, ob sie nicht von sich aus das Konzert absagt. Ihren Auftritt am Mittwoch in Hamburg hat die Diva bereits gestrichen sowie alle weiteren Konzerte in Deutschland bis Ende August. „Jetzt ist nicht die Zeit für Musik“, hieß es in ihrer Er-

klärung. Das Comeback nach einer sechsmonatigen Auszeit war mit ihrem Mann, dem Tenor Yusif Eyvazov, für den 3. September auf dem Schlossplatz geplant. Der Vorverkauf lief am Mittwoch weiter: Es gibt noch Sitzplatzkarten für 142,50 bis 292 Euro. Die Stehplatzkarten für 90 Euro sind alle weg.

Zwar hat sich Anna Netrebko vor wenigen Tagen gegen den Krieg in der Ukraine via Instagram ausgesprochen, sich aber nicht von Putin distanziert und seinen Namen nicht öffentlich genannt. Dafür ist sie heftig kritisiert worden und von etlichen Bühnen umgehend eingeladen worden. Im vergangenen September hatte sie ihren 50. Geburtstag mit einem Gala-Abend im Kremel gefeiert.

Um doch noch auf dem Schlossplatz singen zu können, müsse sie „glaubwürdig und umfangreich mit Putin brechen“, erklärte Finanzminister Bayaz gegenüber unserer Redaktion. „Halbherzige Distanzierungen“ seien nicht ausreichend.

Dem Opernstar geht es sehr schlecht, ist aus dem Umfeld der Konzertagenten zu hören. Anna Netrebko habe Angst um ihre Fa-

milie in Russland, sei schockiert von den Kriegsbildern im Fernsehen und fürchte, nun in Deutschland den Boden unter den Füßen zu verlieren, also kein Bein mehr auf die Opernbühnen zu bekommen.

Opernfans diskutieren, ob der Boykott der Starsängerin richtig sei oder ob man nicht verstehen müsse, wenn sie aus Sorge um Repressalien ihrer Angehörigen zurückhaltend sei. Immer mehr Veranstalter und Politiker fordern von Netrebko ein unmissverständliches Statement zu Putins Schuld am Krieg und an den vielen Toten in der Ukraine. Auf Instagram hat die Sängerin am Mittwoch ein Foto von sich und dem Dirigenten Valery Gergiev in Jubelgeste nach einem Auftritt gepostet. Das wirkte wie ein Bekenntnis zur Putin-Treue. Kurz danach stellte sie den Account von öffentlich auf privat um.

Der örtliche Veranstalter Christian Doll hatte am Vormittag erklärt, er sei „entsetzt über den russischen Einmarsch“. Kultur und Musik sollten verbinden und Brücken schlagen. Nach dem klaren Statement von Bayaz war Doll bisher für uns nicht zu sprechen.

## Geflüchtete Ukrainer haben freie Fahrt

STUTTGART. Geflüchtete Menschen aus der Ukraine können seit diesem Mittwoch kostenlos mit allen Bussen und Bahnen im Verkehrsverbund VVS fahren. Statt eines Fahrscheins reicht es, einen gültigen ukrainischen Pass oder Personalausweis vorzuzeigen. Die Regelung gelte vorerst befristet bis zum 31. März und werde gegebenenfalls „entsprechend der aktuellen Lage angepasst“, schreibt der Verkehrsverbund in einer aktuellen Mitteilung. Der Entscheidung vorausgegangen war eine entsprechende Empfehlung des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen, nach Deutschland geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer kostenlos mit allen Bussen und Bahnen fahren zu lassen.

„Der VVS und alle Verkehrsunternehmen in der Region Stuttgart schließen sich selbstverständlich dieser Solidaritätsaktion an“, schreibt der VVS. Man wolle mit der Regelung den geflüchteten Menschen aus der Ukraine eine einfache Mobilität im öffentlichen Nahverkehr ermöglichen, um zu Unterkünften oder Verwandten zu kommen. vv